

Niederschrift

über die 10. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in seiner 6. Wahlperiode am
28.03.2001
im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

Mitglieder:

| | |
|---------------------------------|--------------------------------|
| Dünchheim, Thomas | Bürgermeister |
| Dr. Müller, Ulrich | CDU-Fraktion |
| Gronauer, Markus | CDU-Fraktion |
| Schaub, Lothar (Vertreten) | CDU-Fraktion |
| Butschko, Peter | |
| Vertreter für Schaub, Lothar | CDU-Fraktion |
| Bosbach, Günter (Vertreten) | CDU-Fraktion |
| Ditz, Hans-Joachim | |
| Vertreter für Bosbach, Günter | CDU-Fraktion |
| König, Karl | CDU-Fraktion |
| Göbel, Karl-Heinz (Vertreten) | CDU-Fraktion |
| Senft, Harald | |
| Vertreter für Göbel, Karl-Heinz | CDU-Fraktion |
| Taplick, Karl-Heinz | CDU-Fraktion |
| Hengsberger, Wally | SPD-Fraktion |
| Jelinek, Artur | SPD-Fraktion |
| Klein, Manfred (Vertreten) | SPD-Fraktion |
| Belger, Hans-Martin | |
| Vertreter für Klein, Manfred | SPD-Fraktion |
| Nieswand, Helmut | SPD-Fraktion |
| Schmidt, Harald | SPD-Fraktion |
| Pruin, Stefan (Vertreten) | Fraktion Bündnis 90/Die Grünen |
| Stamm, Andrea | |
| Vertreter für Pruin, Stefan | Fraktion Bündnis 90/Die Grünen |
| Liebe, Luda | Fraktion MBM/F.D.P. |
| Schallner, Nils | Fraktion PETO |
| Spiecker, Gerd | Verwaltung |
| Herrmann, Max | Verwaltung |
| Krämer, Guido | Verwaltung |
| Bosbach, Hans | Verwaltung |
| Trost, Uwe | Verwaltung |
| Müchler, Gerhard | Verwaltung |

| | |
|--------------------|------------------------------|
| Brock, Hans Peter | Verwaltung |
| Holtermann, Werner | Verwaltung |
| Mansen, Wolfgang | Verwaltung |
| Lehmacher, Theo | Verwaltung |
| Mittmann, Georg | Verwaltung |
| Schlender, Torsten | Verwaltung |
| Kirberg, Inge | Verwaltung - Schriftführerin |

Beginn der Sitzung 18:05 Uhr

Ende der Sitzung 21:00 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung
-öffentlicher Teil-
- Ö 3. 2001/0145 Bericht über die Ausführung von Beschlüssen aus der letzten Sitzung
- Ö 4. 2001/0133 Änderung der Hundesteuersatzung
- Ö 5. 2001/0103 Änderung der Satzung der Stadt Monheim am Rhein für die Durchführung von Bürgerentscheiden vom 25.02.2000
- Ö 6. 2001/0100 Änderung der Sondernutzungssatzung der Stadt Monheim am Rhein
- Ö 7. 2001/0081 Kündigung des Übergabe- und Überleitungsvertrages mit der Sozialstation Alte Freiheit e. V.
- Ö 8. 2001/0138 Führung des Abwasserbetriebes als eigenbetriebsähnliche Einrichtung
- Ö 9. 2001/0144 Verzicht auf die Durchführung einzelner Fördermaßnahmen im Stadterneuerungsgebiet Berliner Viertel
- Ö 0. Bürgerfragestunde
- Ö 10. 2001/0131 Neufassung des Schwerbehindertengesetzes
- Ö 11. 2001/0150 Mitteilung der Verwaltung:
Haushaltssperre
- Ö 12. Mündliche Anfragen
- Ö 13. Mündliche Mitteilungen

Nichtöffentliche Sitzung

- NÖ 14. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- NÖ 15. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung
-nichtöffentlicher Teil-
- NÖ 16. 2001/0146 Bericht über die Ausführung von Beschlüssen aus der letzten Sitzung

| | | |
|--------|-----------|---------------------------------------|
| NÖ 17. | 2001/0142 | Personalangelegenheit |
| NÖ 18. | 2001/0026 | Vertragsangelegenheit |
| NÖ 19. | 2001/0129 | Vertragsangelegenheit |
| NÖ 20. | 2001/0130 | Auftragsvergabe |
| NÖ 21. | 2001/0134 | Auftragsvergabe |
| NÖ 22. | 2001/0152 | Mitteilung: Beteiligungsangelegenheit |
| NÖ 23. | | Mündliche Anfragen |
| NÖ 24. | | Mündliche Mitteilungen |

Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeisterr Dünchheim eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fest.

Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil- zur Kenntnis.

Ö 3. 2001/0145 Bericht über die Ausführung von Beschlüssen aus der letzten Sitzung

Der Ausschuss nimmt den Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung zur Kenntnis.

Ö 4. 2001/0133 Änderung der Hundesteuersatzung

Herr Bürgermeister Dünchheim berichtet, dass nach der gemeinsam mit dem Tierschutzverein durchgeführten Diskussionsveranstaltung von der Verwaltung zwei Fragenkomplexe nochmals überprüft wurden, und zwar die Übereinstimmung der in der Satzung genannten gefährlichen Hunderassen mit der Landeshundeverordnung und die Möglichkeit einer Ausnahmeregelung für als ungefährlich eingestufte Hunde dieser Rassen. Die Überprüfung hat ergeben, dass die Satzung mit der Landeshundeverordnung kompatibel ist. Darüber hinaus schlägt die Verwaltung

vor, für Hunde, für die aufgrund der Ungefährlichkeitsbescheinigung des Kreisveterinärs eine Ausnahme vom Maulkorb- und Anleinzwang erteilt ist, nicht die erhöhte "Kampfhundesteuer" zu erheben.

Die Sprecher der Fraktionen stimmen dieser Ergänzung zu. Auf die aus der SPD-Fraktion gestellte Frage betont der Bürgermeister, dass die Satzung konform geht mit der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts und er Rechtsstreitigkeiten ausschließt.

Die Sprecherin der Fraktion Die Grünen hält die Ergänzung angesichts überquellender Tierheime für sinnvoll und nötig, um zu vermeiden, dass Hunde allein aus finanziellen Gründen abgegeben werden.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschluss

Die Satzung zur 4. Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 25.11.1996 wird in der vorgelegten Fassung mit folgender Ergänzung in § 2 Abs. 2 Satz 3 beschlossen:

"Zu den gefährlichen Hunden im Sinne des § 2 Abs. 2 Satz 2 zählen solche Hunde nicht, bei denen die für den Vollzug der Landeshundeverordnung zuständige Stelle der Stadt eine Ausnahme von der Maulkorbtragens- und Anleinplicht zugelassen hat; die Hunde haltenden Personen haben das Vorliegen der Ausnahmebescheinigung nachzuweisen."

Die Satzung ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 5. 2001/0103 Änderung der Satzung der Stadt Monheim am Rhein für die Durchführung von Bürgerentscheiden vom 25.02.2000

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschluss

Die Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Monheim am Rhein für die Durchführung von Bürgerentscheiden vom 25.02.2000 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen. Die als Anlage beigefügte Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 6. 2001/0100 Änderung der Sondernutzungssatzung der Stadt Monheim am Rhein

Die CDU-Fraktion beantragt folgende Änderungen:

- Reduzierung der Anzahl der Plakate von 50 auf 10
- Festlegung der Plakatierung: nur Ortseingänge, Ortsdurchfahrten, Ortsausgänge
- Ausnahmeregelung für politische Parteien (keine Beschränkung)

Sie hält die Reduzierung der Anzahl der Plakate gerade vor dem Hintergrund der z.Z. im Stadtgebiet sichtbaren immensen Plakatierung für sinnvoll und verweist im Übrigen auf den politischen grundgesetzlichen Auftrag der Parteien, der nicht auf Zeiten der Wahlen beschränkt ist.

Aus der SPD-Fraktion wird Zustimmung zu diesen Änderungsanträgen signalisiert. Sie bittet jedoch darum, dass zur Ratssitzung eine von der Verwaltung überarbeitete Fassung der Satzung vorgelegt und die Beschlussfassung bis dahin zurückgestellt wird.

Die Fraktion Die Grünen hält eine Ausnahmeregelung für die Parteien nicht für richtig und die von der Verwaltung vorgeschlagene Regelung der Plakatierungen anlässlich von Wahlen für sinnvoll. Hinsichtlich der Tätigkeit von Vereinen verweist der Bürgermeister darauf, dass die Sondernutzungssatzung eine Gebührenbefreiung für Sondernutzungen vorsieht, die gemeinnützigen, politischen, mildtätigen, kirchlichen oder ideellen Zwecken dienen oder überwiegend im öffentlichen Interesse liegen.

Es besteht Übereinstimmig, die Beschlussfassung bis zur Ratssitzung zurückzustellen. Die Verwaltung sagt zu, für die Ratssitzung eine überarbeitete Beschlussvorlage vorzulegen.

Ö 7. 2001/0081 Kündigung des Übergabe- und Überleitungsvertrages mit der Sozialstation Alte Freiheit e. V.

Die Fraktion Die Grünen verweist auf die von ihr im Rahmen der Haushaltsplanberatungen gestellten Anträge, preiswertere Räumlichkeiten für die Sozialstation zu suchen und eine Zertifizierung der Sozialstation durchführen zu lassen. Sie fragt nach dem Stand der Angelegenheiten.

Die Verwaltung führt aus, dass hinsichtlich anderer Räumlichkeiten noch kein Ergebnis vorliegt und sie im Übrigen die Fragen in der Ratssitzung am 05.04.2001 beantworten wird.

Die SPD-Fraktion verweist auf die eingehenden Beratungen im Ausschuss für Soziale Angelegenheiten am 31.01.2001, in denen Fragen aufgeworfen wurden, der der Klärung bedürfen. Da der Vertrag spätestens am 30.09. diesen Jahres zum 31.12.2002 kündbar ist, stellt sich für sie die Frage, woher die Eile für diese Vorlage herrührt. Sie stellt den Antrag, die Entscheidung über die Kündigung des Vertrages zurückzustellen bis die offenen Fragen geklärt sind und die Vorlage zu einem späteren Zeitpunkt erneut vorzulegen.

Die CDU-Fraktion hält zwar die Klärung der offenen Fragen für wichtig, lehnt jedoch eine Vertagung der Angelegenheit ab. Sie betont, dass die Kündigung des Vertrages nicht das Ziel verfolge, die Arbeit des Vereins unmöglich zu machen. Sie habe nur den Zweck, eine Änderung hinsichtlich der bisher im Vertrag zugesicherten Verlustabdeckung in unbegrenzter Höhe herbeizuführen und mit einer Deckelung der Kosten eine Gleichbehandlung aller freien Träger herzustellen. Im Übrigen hätten die Beschäftigten der Sozialstation ein Recht, frühzeitig informiert zu werden.

Der Bürgermeister lässt über die Verwaltungsvorlage als den weitergehenden Antrag abstimmen.

Beschluss

Der Übergabe- und Überleitungsvertrag mit der Sozialstation Alte Freiheit e. V. und allen Vertragspartnern wird zum 31.12.2002 gekündigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür 10 Stimmen (BM, 7 CDU, 1 Grüne, 1 MBM/F.D.P.)
dagegen 5 Stimmen (SPD)

Ö 8. 2001/0138 Führung des Abwasserbetriebes als eigenbetriebsähnliche Einrichtung

Der Kämmerer macht eingehende Ausführungen zur Vorlage und beantwortet die Fragen aus dem Ausschuss. Er betont zu einer Frage aus der CDU-Fraktion zur Verzinsung des Anlagekapitals, dass die Höhe des Zinssatzes variabel sei, man sich aber bei der Höhe immer im von der Rechtssprechung tolerierten Rahmen bewege. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass bei den Arbeiten für den Generalentwässerungsplan das Anlagevermögen nach dem Wiederbeschaffungszeitwert berechnet wird und er dazu zu gegebener Zeit eine weitere Information geben werde, wie sich diese Methode auf die Gebührenhöhe auswirke.

Die SPD-Fraktion stellt fest, dass die aufgrund ihres Antrages durchgeführte Prüfung die Wirtschaftlichkeit des Regiebetriebes ergeben hat und unterstützt den Vorschlag des Kämmerers, heute festzulegen, dass der Abwasserbetrieb weiter als Regiebetrieb geführt wird.

Beschluss

Der Bericht der Verwaltung über die Möglichkeit der Führung des Abwasserbetriebes als Sondervermögen wird zur Kenntnis genommen. Der Abwasserbetrieb wird weiter als Regiebetrieb geführt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 9. 2001/0144 Verzicht auf die Durchführung einzelner Fördermaßnahmen im Stadterneuerungsgebiet Berliner Viertel

Die Verwaltung gibt weitere Erläuterungen zur Vorlage und beantwortet Fragen aus dem Ausschuss. Sie wird der Bezirksregierung zum Termin 30.03.2001 vorbehaltlich der Zustimmung des Rates berichten.

Die Fraktion Die Grünen hält er für erforderlich, auch weiterhin geschwindigkeitsreduzierende Maßnahmen auf der Lichtenberger Straße zu verfolgen.

Die Verwaltung sagt hierzu eine Einbindung solcher Überlegungen in die Umgestaltung des Nord-Süd-Grünzuges zu.

Aus der SPD-Fraktion wird angeregt, im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplanes zu prüfen, inwieweit noch Maßnahmen in den in der Vorlage dargestellten Kreuzungsbereichen erforderlich sind.

allen Zuschüssen und Zuwendungen an Vereine und Verbände. Diese rein politische Entscheidung bleibe dem Rat vorbehalten. Die Fachbereiche werden für jeden Fachausschuss alle in Frage kommenden Haushaltspositionen auflisten. Der Haupt- und Finanzausschuss hat dann die Aufgabe, eine evtl. Empfehlung an den Rat zur Aufhebung oder Modifizierung der Haushaltssperre auszusprechen.

Die CDU-Fraktion unterstützt die Darstellungen des Kämmerers und hält die Haushaltssperre für gerechtfertigt. Sie betont jedoch, dass das Monheimer Vereinsleben nachhaltig negativ beeinflusst wird, wenn alle Zuschüsse nicht ausgezahlt werden. Dies werde sie nicht mittragen, sondern plädiere dafür, im Einzelfall zu prüfen, inwieweit freiwillige Leistungen trotz Haushaltssperre erfolgen können.

Auch die SPD-Fraktion betrachtet die Haushaltssperre als das einzige in der gegenwärtigen Haushaltslage einsetzbare Instrument. Sie macht jedoch deutlich, dass sie ihre Kritik daran, wie der Bürgermeister darüber informiert habe, aufrecht erhält. Sie hält es nicht für richtig, dass die Ratsmitglieder hiervon aus der Presse erfahren. Hinsichtlich des notwendigen Verlustausgleichs bei der MVV ist die SPD-Fraktion der Meinung, dass abzuwarten ist, welcher Betrag letztlich bei der Stadt verbleibt. Sie begrüßt, dass durch die bei der Beraterfirma gestellten Regressansprüche jetzt deutlich wird, dass kein, wie in der Presse verbreitet wurde, Fehlverhalten einzelner Personen der Geschäftsführung oder der Aufsichtsräte vorliegt. Im Übrigen ist sie nicht der Meinung, dass diese Unwägbarkeiten bei der MVV zur Haushaltssperre führen konnten, da diese bereits bei der Aufstellung des Haushalts bekannt waren. Sie sei davon ausgegangen, dass dies berücksichtigt wurde. Vielmehr hält sie die Einnahmeentwicklung bei der Gewerbesteuer für den eigentlichen Grund. Hinsichtlich eines Rückgangs von 30 auf 19 Mio. DM frage sie sich, ob die vom Bürgermeister betonten guten Beziehungen zum örtlichen Gewerbe bei der Ermittlung des Haushaltsansatzes, der offensichtlich nicht haltbar sei, eine Rolle gespielt haben und wie seriös der Ansatz ermittelt wurde. Die SPD-Fraktion fühlt sich nachträglich in der Ablehnung des Haushalts bestätigt. Sie ist der Meinung, dass die schwierige Situation jetzt nur gemeistert werden kann, wenn ohne in die Vergangenheit gerichtete Vorwürfe gemeinsam an der Lösung der Probleme gearbeitet wird.

Herr Bürgermeister Dünchheim betont, dass er den Vorwurf des unseriösen Arbeitens schon fast als beleidigend zurückweise. Er erklärt, dass das Gewerbesteueraufkommen sehr wohl seriös geschätzt wurde und dies auch schon vor seiner Amtszeit so geschehen sei. Weiter verweist er auf klare gesetzliche Regelungen über Organkompetenzen. Die Verhängung einer Haushaltssperre gem. § 28 GemHVO falle in die alleinige Kompetenz des Kämmerers.

Aus der SPD-Fraktion wird Verwunderung darüber geäußert, dass der Bürgermeister die von ihr geübte Kritik als Beleidigung auffasst. Sie macht ihre Auffassung deutlich, dass unterschiedliche Standpunkte debattiert werden müssen und nicht jede geäußerte Kritik als Beleidigung bewertet werden darf.

Herr Bürgermeister Dünchheim entgegnet hierzu, dass er Behauptungen, die Verwaltung arbeite unseriös, als Beleidigung zurückweisen müsse. Da er nach der Gemeindeordnung zur Haushaltsklarheit und -wahrheit verpflichtet sei, werde ihm durch solche Behauptungen quasi gesetzwidriges Verhalten vorgeworfen.

Hierzu kommt aus der SPD-Fraktion die Äußerung, dass es dem Bürgermeister frei steht, die Vorwürfe zurückzuweisen, sie jedoch als beleidigend zu bewerten, halte sie für zu weit gehend. Sie verweist auf die den Fraktionen vom Kämmerer zugestellte Auflistung über die Gewerbesteuereinnahmen und ist der Auffassung, dass man daraus in Kenntnis der Firmen, bei denen mit Wenigereinnahmen zu rechnen ist, sehr wohl "fühlen könne, dass da nicht mit ganz

sauberen Karten gespielt worden ist". Zur Haushaltssperre betont sie nochmals, dass ihre Kritik nur darauf ziele, dass die Ratsmitglieder über die Presse informiert wurden. Sie hält in solchen wichtigen Fällen das interfraktionelle Gespräch für das bewährte Gremium.

Herr Bürgermeister Dünchheim erklärt, dass er vom Kämmerer zeitgleich mit den Ratsmitgliedern über die Verhängung der Haushaltssperre informiert worden ist. Die Verfügung des Kämmerers sei am 15.03.2001 zeitgleich mit der Unterrichtung der Fachbereichsleiter und Bereichsleiter auch den Ratsmitgliedern zugestellt worden, und zwar über die Postfächer. Insofern sei die Information ordnungsgemäß erfolgt.

Der Bürgermeister weist den Vorwurf, es sei nicht mit sauberen Karten gespielt worden, zurück und macht deutlich, dass er derartige Äußerungen im Wiederholungsfalle mit einem Ordnungsruf belegen werde.

Die CDU-Fraktion sieht keinen Anlass, an der Seriösität der Arbeit des Kämmerers und seiner Mitarbeiter zu zweifeln. Sie geht davon aus, dass die Schätzung des Gewerbesteueransatzes nach bestem Wissen erfolgte, so wie dies auch bereits in der Vergangenheit geschehen sei. Sie warnt davor, hinsichtlich des Widerspruchs i.S. Nachversteuerung bei der MVV Hoffnungen dahingehend zu wecken, dass sich der Verlustausgleich verringern wird. Im Übrigen stellt sie fest, dass die SPD-Fraktion bei den Haushaltsplanberatungen den Ansatz der Gewerbesteuer nicht in Frage gestellt habe.

Die Verfügung des Kämmerers hinsichtlich der Verhängung einer haushaltswirtschaftlichen Sperre gem. § 28 GemHVO wird zur Kenntnis genommen.

Ö 12. Mündliche Anfragen

Ö 12.1 Mündliche Anfrage der Ratsfrau Stamm (Grüne) "Bädergutachten"

Frau Stamm bezieht sich darauf, dass das Bädergutachten bis Ende März vorliegen sollte und fragt, ob dieser Termin eingehalten wird. Sie sei im Übrigen davon ausgegangen, dass dieses Gutachten auch Beratungsgegenstand der nächsten Ratssitzung sein wird. Nach ihrer Auffassung könne es nicht nur um die formaljuristische Diskussion über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens gehen, sondern die Ergebnisse dieses Gutachtens und evtl. neue Sachstände müssten nochmals in eine Diskussion um das Freibad einfließen, um möglicherweise auch zu neuen Erkenntnissen zu kommen.

Herr Bürgermeister Dünchheim berichtet, dass das Gutachten in Teilbereichen im Entwurf fertig ist, aber noch nicht vorliegt.

Frau Stamm bittet darum, dass das Gutachten, sollte es noch vor der kommenden Ratssitzung eingehen, den Ratsmitgliedern zugestellt wird, damit es bei der dort anstehenden Entscheidung über das Bürgerbegehren gewürdigt werden kann.

Der Bürgermeister sagt dies zu, äußert jedoch die Befürchtung, dass das Gutachten bis zur Ratssitzung am 05.04.2001 nicht vorliegen wird, was er sehr bedaure.

Ö 12.2 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Belger (SPD) "Reinigung des Ernst-Reuer-Platzes"

Ratsherr Belger beklagt den Zustand des Ernst-Reuter-Platzes und kritisiert, dass eine Reinigung hier offensichtlich nicht stattfindet. Insbesondere bemängelt er das stete Überquellen der Papierkörbe.

Der Bürgermeister teilt diese Auffassung, betont jedoch, dass der Betriebshof hier täglich reinigt. Da offensichtlich am Ernst-Reuter-Platz sehr viel Müll anfallt, müsse über mögliche Lösungen des Problems weiter nachgedacht werden. Er bemerkt jedoch, dass auch die nicht städtischen Flächen, z.B. die Heinestraße nach Markttagen, in einem beklagenswerten Zustand sind. Nachdem er in Gesprächen mit den Verantwortlichen darauf hingewiesen habe, dass auf Sauberkeit und bessere Reinigung mehr Wert gelegt werden müsse, werde der kommunale Ordnungsdienst diesbezügliche Schwerpunktkontrollen durchführen.

Ratsherr Belger betont, dass er aus eigenen Beobachtungen nicht bestätigen könne, dass die Papierkörbe jeden Tag geleert werden.

Der Bürgermeister sagt hierzu eine Überprüfung zu.

Ö 12.3 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Belger (SPD) "Altpapierabfuhr im Berliner Viertel"

Ratsherr Belger bemängelt, dass die Altpapierbehälter im Berliner Viertel seit mindestens vier Wochen nicht mehr geleert wurden und fragt an, ob die Firma Rethmann hierzu nach dem neuen Vertrag nicht mehr verpflichtet ist.

Der Bürgermeister antwortet, dass sich an der Zuständigkeit für die Altpapierabfuhr durch die Fa. Rethmann nichts geändert habe, allerdings habe die Firma nach der Änderung des Vertrages ihre Abholtermine anders gestaltet. Er verweist darauf, dass im kürzlich stattgefundenen Quartalsgespräch mit der LEG dieses Thema seitens der LEG nicht als Problem angesprochen wurde.

Herr Belger antwortet, dass er das Problem der LEG erst kürzlich vorgetragen habe.

Herr Bürgermeister Dünnheim sagt eine Überprüfung zu.

Ö 12.4 Mündliche Anfrage der Ratsfrau Hengsberger (SPD) "Sportplatz Sandstraße"

Ratsfrau Hengsberger verweist darauf, dass ausweislich des Ratsprotokolls vom 13.04.2000 der mit den Sportfreunden Baumberg abzuschließende Nutzungsvertrag vor Inbetriebnahme des Sportplatzes vorgelegt werden sollte. Da der zuständige Haupt- und Finanzausschuss erst im Juni wieder tagt und der Sportplatz im Mai in Betrieb genommen werden solle, fragt sie an, wann und in welchem Gremium die Verwaltung diesen Vertrag vorlegen will.

Die Verwaltung berichtet, dass die Vertragsverhandlungen mit dem Verein am vergangenen Montag abgeschlossen worden sind. Der Vertrag soll nach der Beteiligung des Personalrates in der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport am 29.05.2001 vorgelegt werden. Die Verwaltung geht davon aus, dass nach Beginn der Abschlussarbeiten am Sportplatz der Termin für die Eröffnung am 24.05.2001 eingehalten werden kann.

Ö 13. Mündliche Mitteilungen

Ö 13.1 Mündliche Mitteilung Zielkonzept 2020

Herr Bürgermeister Dünchheim erläutert die vorgesehenen Veranstaltungen zum Zielkonzept 2020 und stellt den dafür angesetzten Zeitablaufplan vor. Eine Übersicht ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.